



HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2026

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Investitionsstau am UKGM: Landesmittel ohne Gegenleistung des privaten Klinikbetreibers?

Im Rahmen des Zukunftsvertrags Plus aus dem Jahr 2023 wurde unter anderem zwischen Land und dem privaten Klinikbetreiber vereinbart, dass die Rhön-Klinikum AG als privater Betreiber echte Eigenmittel investieren muss, wenn der Cashflow des UKGMs für den vereinbarten Investitionsanteil des UKGMs nicht reichen sollte.

In der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur vom 7. Mai 2026 hat Wissenschaftsstaatssekretär Degen im Rahmen der Aussprache zum Dringlichen Berichts Antrag, Drucksache 21/4316, auf die Frage, was die Ursachen für den schleppenden Mittelabfluss der Landesinvestitionen für das UKGM seien, folgendes geantwortet: „Ich gehe davon aus, dass es daran liegt, dass die Mehrheitseigentümer, also RKA und auch der Mutterkonzern Asklepios, sich offenbar nicht in der Verantwortung sehen, zusätzliche Beiträge zu leisten. Und gerade das UKGM hat auch betont, dass von diesen weder Eigenmittel noch Investitionszuschüsse zu erwarten sind.“

In der Fragestunde am 19. Mai 2026 im Landtag hat Wissenschaftsminister Gremmels hingegen erklärt, „Die Gründe hierfür liegen nach vorliegenden Erkenntnissen insbesondere in kapazitiven, organisatorischen und projektbezogenen Herausforderungen auf Seiten des Klinikums, etwa bei der Planung, Priorisierung und Umsetzung von Bau- und Investitionsmaßnahmen.“

Im Rahmen der Beantwortung des Dringlichen Berichts Antrags, Drucksache 21/4316, hat Wissenschaftsstaatssekretär Degen darüber hinaus berichtet, dass „(d)as Land (...) UKGM verschiedene Möglichkeiten zur Flexibilität des bestehenden Zukunftsvertrags Plus angeboten (hat). Das UKGM prüft aufgrund dieser Möglichkeiten, weiter mit dem Land zusammenzuarbeiten. Gleichwohl wurde deutlich, dass das UKGM die Frage, ob und wann zur Absicherung exzellenter medizinischer Versorgung und wissenschaftlicher Arbeiten umfangreiche zusätzliche Mittel des Landes ohne Eigenbeteiligung durch das UKGM bereitgestellt werden, als zentral ansieht.“ Und weiter: „Aber dieser Vertrag wurde wohl so geschlossen, dass es dem UKGM aktuell einfach nicht möglich ist, diese Mittel abzurufen. Jetzt sprechen wir darüber, wie wir das so anpassen können oder unterstützen können, dass die eingestellten Mittel auch einfach abgerufen werden können.“

Noch in der letzten Legislaturperiode hat die damalige SPD-Opposition immer wieder betont, dass es keine Landesmittel für das privatisierte UKGM ohne Gegenleistung geben dürfe: „Die Rhön-Klinikum AG hat (...) damals einen Vertrag unterschrieben, in dem sie ausdrücklich auf die Krankenhausfinanzierung des Landes verzichtet hat. Dieser Vertrag gilt bis heute. Und trotzdem sieht sich die aktuelle Landesregierung nun veranlasst, für eine Klinik, die zu 95 Prozent einem profitablen, börsennotierten Konzern gehört, 500 Millionen Euro auszugeben – das ist beinahe das Fünffache dessen, was das Land Hessen damals als Kaufpreis bekommen hat. (...) Wenn das Land im vorgesehenen Umfang in das UKGM investiere, müsse es dafür eine Gegenleistung einfordern, so Dr. Sommer: „Denn es kann ja nicht sein, dass eine halbe Milliarde an Steuergeld ausgereicht wird, ohne dass das Land dafür Gesellschaftsanteile an der Klinik bekommt und mehr Einfluss auf die Unternehmenspolitik beim UKGM – zum Beispiel durch einen Sitz im Aufsichtsrat.“ (<https://www.danielasommer.de/2022/01/28/eine-halbe-milliarde-was-lief-in-den-letzten-jahren-schief-kritik-an-investitionen-des-landes-in-das-ukgm/>)

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was ist nach Kenntnis der Landesregierung die Ursache für den schleppenden Abruf der landesseitigen Investitionsmittel, die im Zukunftsvertrag Plus vereinbart wurden?
2. Wie hoch waren die für die Jahre 2024 bis 2026 im Rahmen des Zukunftsvertrags Plus jeweils vereinbarten Kofinanzierungsmittel, die von Seiten des UKGMs bzw. des privaten Betreibers zu leisten sind?
3. In welcher Höhe sind Kofinanzierungsmittel von Seiten des UKGMs in den betreffenden Jahren geflossen?
4. Wie hoch waren die Gewinne des UKGMs in den betreffenden Jahren?
5. Wie hoch waren die Gewinne der Eigentümer des UKGMs in den betreffenden Jahren?
6. Plant oder erwägt die Landesregierung, die im Zukunftsvertrag Plus vereinbarten Investitionsmittel des Landes ohne die vereinbarte Eigenbeteiligung des UKGMs beziehungsweise des privaten Klinikbetreibers zur Verfügung zu stellen? Bitte ausführen.
7. Falls ja: Welche Bedingungen stellt beziehungsweise welche alternativen Gegenleistungen fordert die Landesregierung im Gegenzug (zum Beispiel zusätzliche Gesellschaftsanteile)?
8. Falls nein: Welche „verschiedene(n) Möglichkeiten zur Flexibilität des bestehenden Zukunftsvertrags Plus“ hat die Landesregierung dem UKGM beziehungsweise der Rhön AG angeboten, damit „die eingestellten Mittel (...) einfach abgerufen werden können“?
9. Wann hat Minister Gremmels, wie in der Fragestunde im Landtag am 19. Mai 2026 erklärt, die Rhön AG kontaktiert, um auch persönlich Gespräche auf Ebene des Ministers mit dem privaten Klinikbetreiber zu führen?
10. Welche Rückmeldung hat die Rhön AG hierzu wann erteilt?
11. Wie ist der aktuelle Planungsstand für diese Gespräche (geplanter Zeitpunkt, beteiligte Personen, Gesprächsgegenstände)?
12. Wird in den eingesetzten Arbeitsgemeinschaften des HMWKs (Antwort Dringlicher Berichts Antrag, Drucksache 21/4316) an den Optionen zum Rückkauf des UKGM gearbeitet?
13. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung beziehungsweise fordert sie von Seiten des UKGMs beziehungsweise des privaten Betreibers, um zu verhindern, dass die Finanzierungslast der Kofinanzierungsmittel auf dem Rücken der Beschäftigten des UKGMs abgeladen wird?
14. Erwägt das Land, bei Nicht-Einhaltung des Zukunftsvertrags Plus durch die Rhön AG den Vertrag zu kündigen?
15. Welche Fristen gelten für die Kündigung des Zukunftsvertrags Plus?

Wiesbaden, 20. Mai 2026

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke